

Theologische Anstellungsprüfung 2012/II

Biblische Theologie

1. Exodus 13,20-22 ist anhand des hebräischen Urtextes zu exegesieren. Zeichen göttlicher Präsenz in gesamtbiblischer Perspektive.
2. Jesaja 58,7-12 ist anhand des hebräischen Urtextes zu erklären. Stellen Sie die Parteinahme Gottes für die Armen und Bedürftigen im biblischen Kontext dar.
3. Johannes 3,16-21 ist zu übersetzen und zu erklären. Das Verständnis der Kreuzigung Jesu bei Johannes als Erweis der Heil schaffenden Liebe Gottes. Stellen Sie Ihre Erkenntnisse dar und würdigen Sie sie im Blick auf die Herausforderungen gegenwärtiger Verkündigung.
4. 1. Korinther 7,29-31 ist zu übersetzen und zu erklären. Radikale Forderungen im Neuen Testament. Darstellung und Diskussion.

Systematische Theologie

1. „Den Juden zuerst und ebenso den Griechen“? – Nehmen sie systematisch-theologisch begründet zum Thema Judenmission Stellung! Legen Sie dazu auch eine grundsätzlich religions-theologische Verhältnisbestimmung von Christentum und Judentum vor!
2. „Es gibt viele, die sagen: ich bin nicht gegen das Evangelium, ich höre es gern. Das ist nicht genug! Hast du das Evangelium und weißt, was es will, so musst Du das bei der Seligkeit Deiner Seele bekennen, es gehe hernach, wie es wolle; sonst bis Du kein Christ.“! (Martin Luther). Wer und was ist ein „Christenmensch“ in biblischer und reformatorischer Perspektive?
3. „Von der sozialen Marktwirtschaft zur einen Marktwirtschaft und zurück?“ Die beharrliche Wiederkehr wirtschaftlicher Krisen und ihre verheerenden weltweiten Auswirkungen scheinen wie Naturkatastrophen über uns herein zu brechen. Vielleicht steckt der Fehler aber doch im System! Wie stellt sich das Verhältnis von Mensch und Wirtschaft in biblischer und reformatorischer Perspektive dar? Welche Grundsätze sollten dabei auch für die Kirchen als Arbeitgeber und Gestalter von Wirtschaftspolitik in Deutschland und darüber hinaus gelten?
4. „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist...“. Wissen Christen in ethischen Fragen besser Bescheid bzw. verfügen sie über ein eigenes Ethos? Skizzieren Sie Grundlagen einer evangelischen Ethik und zeigen Sie die Konsequenzen an einer frei zu wählenden ethischen Konkretion auf.

Kirchliche Publizistik

1. Entwerfen Sie einen Kommentar oder ein geistliches Wort zum Thema „Wikilieaks: Wahrheit, Glaubwürdigkeit, Transparenz, Verantwortung“ für eine von Ihnen näher zu bestimmende Publikation. Pressemeldung siehe Beiblatt
2. Entwerfen Sie einen Kommentar oder ein geistliches Wort zum Thema „Person und Amt“ für eine von Ihnen näher zu bestimmende Publikation. Pressemeldung siehe Beiblatt

Pressemeldung Thema 1: „Wikileaks: Wahrheit, Glaubwürdigkeit, Transparenz, Verantwortung“

Demokratie will Öffentlichkeit

Hat Immanuel Kant von Wikileaks geträumt? Der Philosoph hielt radikale Publizität für eine Bedingung des Friedens.

In diesen Tagen der Veröffentlichungen US-amerikanischer Diplomaten-Korrespondenz durch WikiLeaks dominieren zwei Reaktionen die öffentliche Debatte. Erstens: Die Stellungnahmen aus den US-Botschaften solle man nicht allzu ernst nehmen (»Party-Geschwätz«, so Seehofer, oder »Sofern nicht gefälscht, weithin irrelevant für die Außenpolitik der USA«, so Hillary Clinton). Zweitens: Der Schaden für die diplomatische Praxis sei immens, wenn die Gesprächspartner nicht mehr davon ausgehen können, dass ihre Mitteilungen vertraulich bleiben.

Beide Reaktionen haben ihre Berechtigung, gehen aber am Kern der Problematik vorbei. Dieser ist an anderer Stelle zu suchen. Die Aufgeregtheit der politischen Akteure, die nur mühsam von zur Schau gestellter Gelassenheit, ja Indifferenz kaschiert wird, deutet daraufhin, dass sich die politischen Akteure dessen auch bewusst sind. Es ist Immanuel Kant, der in seiner Spätschrift *Zum Ewigen Frieden* (1795) das Rüstzeug zum Verständnis bereitstellt.

Diese kleine Schrift begründet die Theorie des demokratischen Friedens. Eine Theorie, die zunächst weitab von jeder praktischen Erfahrung zu stehen scheint, wie Immanuel Kant selbst mit feiner Ironie in der Vorrede ausführt: »Ob diese satyrische Ueberschrift auf dem Schilde jenes holländischen Gastwirths, worauf ein Kirchhof gemalt war, für die Menschen überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder wohl gar nur die Philosophen gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahin gestellt seyn.«

Rund 200 Jahre nach der Entstehung von Kants Theorie kommen Wissenschaftler, die sich mit internationalen Beziehungen befassen, zu dem Ergebnis, dass sie sich nach allen bislang vorliegenden Daten als zutreffend herausgestellt hat. Das ist eine Überraschung, denn die dominierende Theorie der internationalen Beziehungen, der sogenannte Realismus, hat dafür keine Erklärung. Dieser Realismus postuliert, dass sich Staaten in ihrem außenpolitischen Agieren ausschließlich an den eigenen nationalen Interessen orientieren, dass es also ohne supranationale Staatlichkeit eine Art Hobbeschen Naturzustand gibt, in dem Konflikte je nach Interessenlagen zu Kriegen eskalieren, unabhängig von der Staatsverfassung der beteiligten Länder.

Immanuel Kant hatte demgegenüber behauptet, dass Demokratien (»Republiken«) gegeneinander keinen Krieg führen werden, da die Interessen der Regierungen mit den Interessen der Regierten weitgehend identisch seien, da die Würde des Individuums Teil des Staatsverständnisses geworden sei und weil – und dies ist für uns der ausschlaggebende Punkt – die internationalen Beziehungen in Demokratien öffentlich seien: Es gebe keine geheimen Nebenabreden zu internationalen Verträgen, alles sei für alle Staatsbürger jederzeit transparent und kontrollierbar, die Regierenden vermieden jede Doppelzüngigkeit und verzichteten auf Geheimstrategien.

Diese Bedingung der Publizität stellt das Kernstück von Kants demokratischem Frieden dar: Nur wenn Ziele und Praxis der Regierungen in der internationalen Politik transparent und öffentlich sind, sichert die demokratische Staatsform den Frieden zwischen Republiken, unabhängig von ihren jeweiligen Interessenlagen. Zwei alternative Theorien internationaler Konflikte können jedenfalls als widerlegt gelten: Wirtschaftliche Interdependenz sichert keinen Frieden, wie das Beispiel der Balkankriege, aber auch der Kriege in Afrika zeigt. Auch gemeinsame Wertvorstellungen sowie kulturelle Nähe reichen auf sich gestellt nicht hin, um Kriege zu verhindern. Umso erstaunlicher ist, dass es bislang noch nie einen Krieg zwischen zwei Demokratien gegeben hat. Da die Anzahl der Demokratien in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist, aber auch die Zahl der Kriege, ist dieses Ergebnis eigentlich eine Sensation: Die Hypothese, dass Demokratien ihre Konflikte ohne Gewalt austragen, muss als empirisch gut bestätigt gelten.

DIE ZEIT, 16.12.2010

Pressemeldung Thema 2: „Person und Amt“

Hohe Erwartungen an Joachim Gauck

Eine Mehrheit der Deutschen glaubt, dass Gauck ein den Parteien unbequemer Bundespräsident sein wird. Er solle sich für sozial Schwache, Freiheit und Familien einsetzen.

Der designierte Bundespräsident Joachim Gauck genießt großes Vertrauen unter einer großen Mehrheit der Deutschen. Nach einer Umfrage von Infratest dimap für die ARD halten 80 Prozent der Befragten Gauck für glaubwürdig. Allerdings wissen 37 Prozent nicht, wofür der ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagenbehörde steht. Zwei Drittel der Befragten glaubt zudem, dass Gauck für die Parteien ein unbequemer Präsident werden dürfte.

Politiker aus Union, SPD, Grünen und FDP äußerten die Hoffnung, dass der ostdeutsche Theologe nach seiner Wahl am Sonntag die Politik mit Denkanstößen bereichern und dem Präsidentenamt zu neuer Würde verhelfen werde. Die FDP-Vizevorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sagte, Gauck werde ein Bürgerpräsident sein, der in der Mitte

der Gesellschaft stehe und viele Menschen ansprechen könne. "Er hat Empathie und ist unprätentiös, er ist staatsmännisch und bürgernah", sagte die Bundesjustizministerin dem *Hamburger Abendblatt*.

CSU-Chef Horst Seehofer schrieb im Magazin *Focus*: "Sein Plädoyer für Freiheit wird uns aufrütteln." SPD-Chef Sigmar Gabriel äußerte die Hoffnung, Gauck werde die Kluft zwischen Bürgern und Politik schließen.

Nicht nur das Vertrauen in Gauck ist groß, sondern auch die Erwartungen an ihn. Gut zwei Drittel der Bürger gehen laut ARD-Umfrage davon aus, dass Gauck sich als Bundespräsident auch für die sozial Schwachen einsetzen wird. Ähnlich viele rechnen damit, dass er den politischen Parteien deutlich seine – auch unbequeme – Meinung sagen wird.

In kommenden Reden solle sich Gauck vordringlich mit den Themen Freiheit und Familie beschäftigen, wünschen sich laut einer Umfrage des *Focus* je 76 Prozent der Befragten. 65 Prozent erwarten ein Engagement zur Bekämpfung der EU-Finanzkrise, 51 Prozent Anstrengungen zur Vollendung der Einheit. 49 Prozent hoffen, dass Gauck sich zum Thema Afghanistan positioniert.

Altbundespräsident Roman Herzog sprach sich unterdessen dafür aus, die Amtszeit des Staatsoberhauptes neu zu regeln. "Eine Begrenzung auf eine siebenjährige Amtszeit, also keine Möglichkeit der Wiederwahl, wäre besser", sagte er der Tageszeitung *Die Welt*. Derzeit kann ein Bundespräsident nach fünf Jahren für eine zweite Amtszeit wiedergewählt werden. "Wenn die ersten fünf Jahre gut laufen, erwartet das Volk von den zweiten fünf Jahren Wunderdinge. Sie können aber keine Wunder produzieren", sagte Herzog.

Die Wahl des von Union, FDP, SPD und Grünen unterstützten Kandidaten an diesem Sonntag in der Bundesversammlung in Berlin gilt als sicher. Für die Linke kandidiert die Nazi-Jägerin Beate Klarsfeld. Voraussichtlich an diesem Montag soll Gauck als Nachfolger des vor vier Wochen zurückgetretenen Christian Wulff in sein Amt eingeführt werden. Die Vereidigung des neuen Präsidenten vor Bundestag und Bundesrat ist für kommenden Freitag vorgesehen. Offiziell im Amt ist er aber bereits, sobald er die Wahl durch die Bundesversammlung am Sonntagnachmittag annimmt.

ZEIT online, 17.3.2012

Kirchenrecht

Wahlentscheidungen....

Pfarrer Gutemut ist Inhaber der ersten Pfarrstelle der Kirchengemeinde Sonnenthal mit 1.900 Gemeindegliedern. Mit der Pfarrstelle verbunden ist die Dekansfunktion für den gleichnamigen Dekanatsbezirk. Die zweite Pfarrstelle versieht Pfarrerin Wenzel.

Seit Beginn des Jahres sind die bevorstehenden Kirchenvorstandswahlen Thema in jeder Kirchenvorstandssitzung. Mit vielen guten Ideen ist der Kirchenvorstand in das spannende Wahljahr gestartet, jedoch tauchen immer wieder Fragen zur Wahl auf, die Gutemut viel Zeit und Nerven rauben.

Mit Schreiben vom 4. Juni 2012 hat Gutemut zu einer Sitzung des Kirchenvorstandes am 28. Juni 2012 schriftlich und unter Beifügung einer Tagesordnung eingeladen. Alle geladenen Kirchenvorsteher erscheinen und nach kurzer Andacht ruft die Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Pfarrerin Wenzel, den ersten Beratungspunkt – „Wahlen 2012“ - auf.

Die stets sehr engagierte Kirchenvorsteherin Frau Emsig erklärt, dass sie nach Gesprächen mit einer guten Freundin, die Kirchenvorsteherin in einer anderen Kirchengemeinde ist, zu der Ansicht gekommen sei, dass der in der Kirchengemeinde Sonnenthal gebildete Vertrauensausschuss rechtsfehlerhaft zusammengesetzt sei. Ihr hätte das komplizierte Wahlverfahren - immerhin habe es fünf Wahlgänge gegeben - schon damals nicht eingeleuchtet. Ihre Freundin habe ihr nun berichtet, dass in ihrer Kirchengemeinde jeweils „im Paket“ in einem Wahlgang über die Kirchenvorsteher und Kirchenvorsteherinnen, die als Kandidaten für die Mitgliedschaft im Vertrauensausschuss zur Verfügung standen, im zweiten Wahlgang über eine Liste mit Kirchengemeindegliedern für einen Sitz im Vertrauensausschuss abgestimmt worden sei. Diejenigen, die in dem jeweiligen Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hätten, würden nun dem Vertrauensausschuss angehören.

ren. Sie, Frau Emsig, sei der Meinung, dass die Wahl des Vertrauensausschusses in Sonnenthal auch so hätte ablaufen müssen, um die „Taktiererei“ zu vermeiden, die sie persönlich bei der Wahl doch sehr gestört habe.

Weiter erklärt Frau Emsig, dass sie festgestellt habe, dass ihre beiden Söhne Martin (geb. am 01.05.1997) und Jonas (geb. am 10.11.1998), die Ende Mai von Pfarrerin Wenzel in Sonnenthal konfirmiert wurden, nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt seien. Sie können sich das nur so erklären, dass dies deshalb nicht „automatisch“ erfolgt sei, weil das Wahlberechtigtenverzeichnis vor Mai 2012 und damit vor den in der Kirchengemeinde stattgefundenen Konfirmationen erstellt wurde. Sie bittet darum, dass alles Notwendige veranlasst werde, damit ihre beiden Söhne die ihnen nach der Konfirmation zustehenden Rechte wahrnehmen und ihrer Pflicht als Mitglieder der christlichen Gemeinschaft in Sonnenthal nachkommen können.

Alsdann melden sich die langjährigen Kirchenvorsteherinnen Heidi und Hanni Acker zu Wort. Die beiden Schwestern, die vom Vertrauensausschuss in den Wahlvorschlag aufgenommen wurden, erklären, dass sie nach langer und reiflicher Überlegung nun zu dem Entschluss gekommen seien, die bislang an einen Neffen verpachtete, seit Jahrzehnten im Familienbesitz geführte Gärtnerei Acker in Blumendorf, das 7 Kilometer von Sonnenthal entfernt liegt und eine eigene Kirchengemeinde bildet, nun selbst zu übernehmen. Der Umzug nach Blumendorf sei bereits für September geplant. Natürlich möchten sie aber weiter ihrer langjährigen Kirchengemeinde Sonnenthal angehören und würden entsprechende Anträge alsbald stellen. Auch an ihrer Bereitschaft, für den Kirchenvorstand zu kandidieren, soll sich nichts ändern.

Pfarrerin Wenzel gibt zu bedenken, dass bereits der in der Nachbargemeinde lebende Herr Heimweh, der aber „in alter Verbundenheit“ Kirchengemeindeglied in Sonnenthal ist, in den Wahlvorschlag aufgenommen wurde. Sollten sowohl die Schwestern Acker – was natürlich sehr begrüßt würde – als auch Heimweh in den Kirchenvorstand gewählt werden, würde es drei Optanten geben, die nicht auf dem Gemeindegebiet wohnen und leben und bei denen sich wohl die Frage stelle, ob sie die Kirchengemeindeglieder angemessen repräsentieren und vertreten können. Gutemut verspricht, dieser Frage nachzugehen.

Die weiteren Beratungen werfen keine Fragen auf. Nach der Sitzung kommt allerdings Pfarrerin Wenzel auf ihn zu. Sie erklärt, dass sie nach den Kirchenvorstandswahlen im Oktober „mehr als urlaubsreif“ sei. Sie plane daher, in den Monaten November und Dezember eine Auszeit bei Freunden in Südafrika zu nehmen und dazu auch ihren Resturlaub von 2011 (25 Tage) zu verbrauchen. Bei der nächsten Kirchenvorstandssitzung werde sie den Kirchenvorstand informieren. Ihr sei es aber wichtig, im Vorfeld mit ihm, Gutemut, über diesen Plan zu sprechen, da auf ihn schließlich auch die Vertretung zukommen werde. Sie habe allerdings die Idee, dass der Kirchenvorstand die Frau Emsig für die Zeit ihrer Abwesenheit zur Vorsitzenden bestimmen könnte. Da Emsig auch die Berufung zum PrädikantInnendienst habe, könnte sie dann auch andere Gemeindeaufgaben vertretungsweise versehen.

Gutemut tritt den Heimweg an. Als er die Haustür hinter sich schließt, hört er in seinem Arbeitszimmer schon das Telefon läuten. Am Apparat ist Pfarrer Sesshaft, ein Cousin seines Vaters. Sesshaft ist außer sich und kann sich kaum beruhigen. Völlig empört erzählt er Gutemut, dass er Post vom Landeskirchenamt erhalten habe. Gegen ihn sei ein Versetzungsverfahren von Amts wegen eingeleitet worden. Dahinter stecke der Regionalbischof. Der habe ihn noch nie leiden können. Er, Sesshaft, verstehe das alles gar nicht. Es habe vor fast sechs Jahren zwar schon mal Gespräche mit seinem Dekan über eine mögliche Versetzung gegeben, das hätte sich dann aber alles wieder beruhigt. Auch sei es nicht zu dem sog. Nichtgedeihlichkeitsverfahren, das im letzten Jahr kurzzeitig mal im Raum gestanden habe, gekommen. Er sei jetzt 54 Jahre alt und seit 15 Jahren Pfarrer in seiner Kirchengemeinde. Er sei mit der Kirchengemeinde und auch der politischen Gemeinde fest

verwachsen, da könne man ihn doch nicht einfach ungefragt hinauswerfen. Außerdem gelte doch wohl der Grundsatz der Unversetzbarkeit nach § 81 Abs. 1 Satz 1 PFG.

Nachdem Gutemut den erregten Sesshaft ein wenig beruhigt und ihm versprochen hat, ihn in nächster Zeit zu besuchen, um dann in Ruhe über alles zu sprechen, fällt sein Blick auf seinen Sohn Johannes, der gemütlich vor dem Fernseher sitzt. Johannes, der in München Theologie studiert und auch schon Veranstaltungen der juristischen Fakultät zum Kirchen- und Staatskirchenrecht besucht hat, weilt nach einer überstandenen Sommergrippe gerade zu Hause. Gutemut erzählt ihm von der Kirchenvorstandssitzung, den Plänen der Pfarrerin Wenzel und dem Anruf von Pfarrer Sesshaft und bittet ihn, alle rechtlichen Aspekte umfänglich rechtsgutachtlich zu bearbeiten. Hinsichtlich der Wahl des Vertrauensausschusses bittet Gutemut dabei um genaue Schilderung der Zusammensetzung und Wahl des Ausschusses. Außerdem möge er bitte darauf eingehen, warum es im Pfarrerdienstrecht den Grundsatz der Unversetzbarkeit gebe und unter welchen Voraussetzungen Versetzungen möglich seien. Schließlich seien Kirchenbeamte, die wie Pfarrer auch in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur ELKB stünden, im Rahmen des Kirchenbeamtengesetzes jederzeit versetzbar.

Das Gutachten des Johannes Gutemut ist zu fertigen.